

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Band: 25 (1945-1946)
Heft: 6

Artikel: Inflation, Deflation, Devaluation : Thesen zur schweizerischen Preispolitik
Autor: Salin, Edgar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159310>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

seltener Eindringlichkeit, was das System der Marktwirtschaft auf allen Lebensgebieten zu leisten vermag und was seine Ersetzung durch ein System zentraler Leitung bedeuten müßte.

Unbefriedigend sind dagegen die wirtschaftspolitischen Ausführungen von *Hayeks* Buch. Diese werden weder den konjunktur- und beschäftigungspolitischen Aufgaben gerecht, noch bekunden sie irgendwelches Verständnis für die Ziele des Gemeinwesens. Hayek verkennt, daß die Alternative zum Sozialismus nicht die freie Marktwirtschaft, sondern nur die gelenkte Marktwirtschaft sein kann, er übersieht, daß auch die gelenkte Marktwirtschaft nicht nur der Konsumfreiheit und der freien Wahl von Beruf und Arbeitsplatz einen weiten Spielraum läßt, sondern auch die Voraussetzung für eine echte Demokratie bildet. Indem Hayek die Rückkehr zum Wirtschaftsliberalismus als einzig gangbaren Weg bezeichnet, empfiehlt er eine Wirtschaftspolitik, welche die ihr gestellten Aufgaben nicht zu lösen vermag; damit erweist er, ganz gegen seinen Willen, gerade den Anhängern der sozialistischen Ordnung einen Dienst.

Inflation, Deflation, Devaluation

(Thesen zur schweizerischen Preispolitik)

Von Edgar Salin

Die Beendigung des europäischen Krieges als Tatsache, die Erinnerung an das Preischaos nach dem ersten Weltkrieg als Menetekel sind der begreifliche Anlaß, daß die Preispolitik der Schweiz, die während der Kriegsjahre verhältnismäßig unter Ausschluß der Öffentlichkeit ihren mehr oder minder erfolgreichen Gang nehmen konnte, nun in den Brennpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt ist. Verbandsresolutionen und Zeitungsartikel von erheblicher Zahl beschäftigen sich mit Lohn- und Preisfragen, und die Schweizerische Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft hat ihre diesjährige Tagung in Sitten der nationalen und internationalen Preispolitik gewidmet¹⁾. Da hier wie dort wesentliche Gesichtspunkte nicht berücksichtigt worden sind, obwohl eine sachliche und sachverständige Entscheidung des gesamten Fragenkomplexes von Preis und Lohn nicht nur für das wirtschaftliche Gedeihen, sondern vermutlich für die Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung der Schweiz von ausschlaggebender Bedeutung ist, seien einige grundsätzliche Erwägungen und Richtlinien hier thesenartig zusammengefaßt:

¹⁾ Vgl. das Protokoll der Tagung im August-Heft der Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik.

1. Es ist unbestritten, daß die Preispolitik der Schweiz ebenso wie die aller wichtigen Staaten des Auslandes im zweiten Weltkrieg, verglichen mit dem ersten, recht erfolgreich gewesen ist. Die Preiskontrolle hier, die Preiskontrolle verbunden mit einschneidenden und kostspieligen Verbilligungsaktionen dort hat erreicht, daß die Kosten der Lebenshaltung im Vergleich zum Vorkriegsstand wesentlich weniger angestiegen sind. Auch die *Steigerung der Großhandelspreise in Gold* bleibt stark hinter dem Ausmaß des ersten Weltkrieges zurück. Wobei freilich zu beachten ist, daß in diesem Punkt der schweizerische Erfolg zu gutem Teil der erfolgreichen Preispolitik des Auslandes zu danken ist; denn es sind die Einfuhrgüter, deren Preishöhe hier für die Gestaltung des Index der Großhandelspreise die wichtigste Rolle spielt. So wie sich die schweizerischen Handelsbeziehungen während des Krieges zwangsläufig entwickelt haben, sind es die deutschen Exportpreise gewesen, deren Gestaltung den schweizerischen Großhandelsindex vornehmlich beeinflußt und deren sukzessive Steigerung ihn zugleich in die Höhe getrieben, aber doch auch wieder das Ausmaß der Steigerung begrenzt hat. Dabei sei bemerkt, daß die verschiedene Preisstellung für die gleiche Ware im deutschen Inland und bei Export eine Gleichläufigkeit der Indexreihen ausschließt: während in Deutschland die Großhandelspreise in Gold von 1939 bis 1944 um knapp 10 % stiegen, sind sie in der Schweiz um rund 100 % gestiegen. Und während im Jahr 1939 das schweizerische Niveau der Großhandelspreise etwa um den Betrag der Abwertung niedriger war als das deutsche und (1913/14 = 100 gesetzt) sich nur unwesentlich über das englische, französische und amerikanische erhob, ist trotz des erwähnten relativen Erfolges am Ende des zweiten Weltkrieges die Steigerung in der Schweiz ganz erheblich größer als in allen Vergleichsländern. Der Index in Gold steht für die Schweiz auf ca. 160, für Schweden und Frankreich (und Deutschland, das für die nächste Zukunft als selbständiger Faktor aus der Betrachtung ausscheiden kann) auf ca. 120, für England und die U. S. A. unter 100²⁾, — ein deutliches Zeichen der Auslandsabhängigkeit der Schweiz und der Beeinflussung der Großhandelspreise durch die erwähnte deutsche Preisstellung einerseits, die außerordentlich gestiegenen Transportkosten andererseits.

2. Diese Zahlen, genauer: die Verschiedenheit der Entwicklung in den einzelnen Ländern macht es begreiflich, daß in vielen Kreisen

²⁾ Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn nicht in Gold umgerechnet und Januar-Juni 1939 (statt 1913/14) als Basis gewählt wird, da dann die englische Abwertung von 1939 zur Auswirkung kommt; aber die Ziffer der Schweiz bleibt die ungünstigste: neben Deutschland 111, USA 137, England 172 und Schweden 179 hat allein die Schweiz Ende 1944 mit 209 einen mehr als verdoppelten Index-Stand der Großhandelspreise.

ein baldiger Preissturz für sicher gehalten wird, wobei die einen hieraus eine Erleichterung für die Konsumenten erwarten, die andern eine Gefahr für den Handel und für alle gut mit Vorräten und Waren eingedeckten Unternehmungen befürchten. Aber die Hoffnungen und die Ängste sind je nach dem Standpunkt: leider oder glücklicherweise — übertrieben. Insoweit als in der besonderen schweizerischen Steigerung sich die Erhöhung der Transport-, Versicherungs- usw. Kosten widerspiegelt, ist mit einer Senkung zu rechnen. Insoweit aber die Höhe der deutschen Exportpreise das Niveau der schweizerischen Großhandelspreise beeinflusst hat, ist nur dann eine Senkung möglich, wenn von anderer Seite billiger geliefert werden kann und wird. Das ist weniger wahrscheinlich als man heute allgemein annimmt. Für Kohle z. B. steht fest, daß amerikanische — und event. auch englische — Kohle erheblich teurer zu stehen kommt selbst als die im Preis überhöhte deutsche Kohle von 1943/44. Und sollten die deutschen Zechen die Ausfuhr eines Tages wieder aufnehmen können, so ist keineswegs gesagt, daß dies zu einem niedrigeren oder auch nur zum alten Preis geschehen wird. Eine starke Vermutung spricht dafür, daß die deutsche Kohle eine der Waren sein wird, durch deren Ausfuhr die Alliierten sich Reparationen in Gestalt von Edeldevisen beschaffen wollen, was nicht gerade einen billigen Preis für die Abnehmerländer zur Folge haben wird. Wie weit Kolonialwaren im Preis zurückgehen, wird wesentlich davon abhängen, wie langsam oder wie schnell die kriegsverwüsteten Länder Europas in der Lage sind, als kaufkräftige Abnehmer sich geltend zu machen. Alle diese Einflüsse und Gegeneinflüsse lassen sich in ihrer zahlenmäßigen Auswirkung nicht vorausberechnen. Das eine aber steht u. E. fest: während eine hohe Wahrscheinlichkeit für einen mäßigen Abbau der Großhandelspreise besteht, der den Index allmählich von seinem jetzigen Höchststand um ein Viertel bis ein Drittel zurückführen mag, spricht nichts, aber auch gar nichts dafür, daß in absehbarer Zeit der Vorkriegsstand wieder erreicht wird.

3. Was für die Großhandelspreise gesagt ist, gilt mutatis mutandis auch für die *Kosten der Lebenshaltung*. Wir stellten einleitend fest, daß sie wesentlich weniger als im ersten Weltkrieg gestiegen sind; aber auch hier ist zu zeigen, daß sie in der Schweiz stärker gestiegen sind als in wichtigen Ländern des Auslands. Läßt man Deutschland außer Betracht, da seine Ziffern (Ende 1944 = 112 gegenüber Januar-Juni 1939 = 100) auf mehr als fragwürdiger Basis gewonnen sind, so bleibt doch auch der Unterschied zu den U. S. A. und zu England beachtlich, wo die Steigerung Ende 1944 bei 128 bzw. 131 haltmacht, während in der Schweiz die damals erreichte Ziffer von 153 inzwischen bekanntlich noch überschritten ist. Der Unterschied zu den Vereinigten Staaten fällt umso mehr ins Gewicht, als

dort nicht wie in England kostspielige Preisstützungs-Aktionen den Index niedrig gehalten haben. Ganz allgemein ist die Steigerung der Lebenshaltungskosten darum in ihren Auswirkungen für die Nachkriegszeit bedeutsamer als die an sich erheblichere Steigerung der Großhandelspreise, da nach alter Erfahrung, deren theoretische Gründe leicht nachweisbar sind, die Lebenshaltungskosten zwar stets langsamer steigen als die Großhandelspreise, aber auch sehr viel langsamer fallen, — wobei die Frage, ob ein wesentlicher Rückgang überhaupt wünschenswert ist, noch der gesonderten Betrachtung bedarf.

4. Es ist nicht leicht zu sagen, inwieweit die Preissteigerung in den einzelnen Ländern und auch in der Schweiz auf *echte Kostenerhöhungen* oder inwieweit sie auf *Geldvermehrung* zurückzuführen, d. h. in diesem Sinn inflatorisch ist. Würdigt man die Tatsache zur Genüge, daß der Geldumlauf in der Schweiz seit Dezember 1939 wesentlich weniger zugenommen hat als in den Vergleichsländern, so wird, zusammen mit anderen Erwägungen, diese Einsicht zum Schluß führen müssen, daß zumindest hier in der Schweiz inflatorische Momente eine sehr geringe Rolle spielten, — wobei freilich mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß inflatorische Preiserhöhungen im Ausland bei gleichgebliebenem Wechsel- bzw. Clearingkurs in Gestalt von Kostenerhöhungen des Imports einen indirekten Ausdruck gefunden haben. Aber im großen und ganzen scheint auf den *offiziellen* Märkten auch des anglo-amerikanischen Auslandes eine inflatorische Preiserhöhung, wenn überhaupt, dann nur in geringem Umfange stattgefunden zu haben. Soweit aber doch eine inflatorische Beeinflussung vorliegt, ist jedenfalls nicht damit zu rechnen, daß sie rückgängig gemacht, — bestenfalls, daß sie gestoppt werden wird.

5. Es ist ein beliebtes Schlagwort aller Wirtschaftspolitiker, die das theoretische Rüstzeug aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg verwenden, daß die Schweiz unter allen Umständen und mit tunlichster Beschleunigung den «*Anschluß an den Weltmarkt*» finden und darum möglichst schnell alle «überhöhten» Preise und Kosten einschließlich der Löhne abbauen müsse. Hierzu ist zweierlei zu sagen:

a) Wohin eine Politik des Abbaus der Preise und Löhne (Deflationspolitik) führt, dürfte das deutsche wie das französische Beispiel der dreißiger Jahre mit solcher Deutlichkeit gezeigt haben, daß es niemanden nach einer Wiederholung gelüsten wird, und es ist anzunehmen, daß auch in der Schweiz keine Neigung besteht, auch nur in bescheidenem Rahmen die Pläne des verstorbenen Bundesrats Schulthess wieder aufzugreifen. Die Erfahrung dieser jüngstvergangenen Epoche steht in vollem Übereinklang mit den Lehren der neueren Wirtschaftstheorie, wie sie zumal Lord Keynes entwickelt hat. Es kann kein Zweifel sein, daß ein Deflationsprozeß tiefgreifendere Störungen des wirtschaftlichen und des sozialen Organismus

im Gefolge hat als eine kontrollierte Inflation und es liegt nicht etwa so, daß die Deflation das «Unrecht» einer vorangegangenen Inflation aus der Welt schafft, sondern sie schafft neue Gewinner und neue Verlierer und also in diesem Sinn neues «Unrecht» zum alten hinzu.

b) Anschluß an den Weltmarkt? Wer davon spricht, sage deutlich, was er hierunter versteht. Ist hiermit gemeint eine Wiedereingliederung in «die» Weltwirtschaft, so kann man nur antworten, daß es dieses Gebilde im alten Sinn — außerhalb der Lehrbücher und außerhalb von Interessen-Ideologien — seit 1914 nicht mehr gibt. Wir haben schon vor langen Jahren die Epoche von 1919—1931 als «Weltwirtschaft des Als-ob» bezeichnet, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß die Staats- und Wirtschaftsführer in dieser Periode so gehandelt haben, *als ob* es die alte, liberale, von England dominierte Weltwirtschaft noch gebe, — das Ergebnis dieser Politik des Als-ob war die schwere Kredit- und Währungskrise der Welt von 1931/32. Nicht einmal zur Wiedererweckung dieses Schattengebildes sind nach dem zweiten Weltkrieg die innern und äußern Voraussetzungen vorhanden. Wenn aber dieser Sinn des «Anschlusses an den Weltmarkt» ausscheidet, dann bleibt als möglicher Inhalt des Schlagwortes nur übrig der Anschluß an den anglo-amerikanischen Raum, an Pfund- und Dollarblock. Wie weit dies möglich ist und wie weit dies im Interesse der Schweiz liegt, wäre zu untersuchen. Aber jedenfalls sollte darüber keine Unklarheit bestehen, daß dieses Gebiet längst nicht mehr gleich «der» Welt ist und daß für die Schweiz als kontinentales Land die Frage des Warenaustauschs mit Rußland und den von Rußland kontrollierten Gebieten vermutlich von nicht geringerer Bedeutung sein wird als die des Warenaustauschs mit der westlichen Hemisphäre. Dort aber gilt gewiß kein Weltmarktpreis und kein Freihandel — und zumindest für absehbare Zeit im englischen Empire auch nicht.

6. Dennoch kommt es nicht von ungefähr, daß der «Anschluß an den Weltmarkt» als solch dringliches Problem erscheint; tatsächlich ist die Schweiz in solch hohem Maße vom Gedeihen ihrer Exportindustrie abhängig, wie es vor dem Krieg kein anderer Industriestaat gewesen ist und wie es nach dem Krieg wahrscheinlich nur noch — England sein wird. Aber die Exportabhängigkeit eines kleinen Landes bedeutet immer — es wäre falsch, sich dies zu verhehlen, so schmerzlich es ist —, daß einer autonomen Wirtschaftspolitik verhältnismäßig enge Grenzen gezogen sind, sobald einmal die liberale Weltwirtschaft der Vergangenheit angehört. Genau so wie im Jahre 1936 die Abwertung des Schweizerfrankens zwangsläufig erfolgen mußte, nachdem man die u. E. günstigeren Zeitpunkte einer freien Entscheidung ungenützt hatte verstreichen lassen, genau so wird die Preis-, die Währungs- und die heute so populäre Beschäftigungs-

politik der kommenden Jahre in ihren Formen, ihren Äußerungen und ihren Erfolgen wesentlich durch ausländische Maßnahmen mitbestimmt, wenn nicht gar erzwungen werden, falls der richtige Zeitpunkt zu *autonomer Regelung* verpaßt wird.

Autonome Regelung, — das kann in diesem Fall nur heißen: Ordnung des *inländischen* Preis- und Kostengefüges in einer Form, die im Innern die wirtschaftliche und soziale Lage zu verbessern und zugleich nach außen die Austausch- und die Verhandlungsbasis günstig zu gestalten verspricht. Wir sagen: die Austausch- und die Verhandlungsbasis, um dadurch nochmals zu unterstreichen, daß mindestens für die nächsten Jahre an einen *freien* Handel nicht einmal mit der englischen Zone zu denken ist. Ganz unabhängig von den theoretischen Überzeugungen und politischen Neigungen von Wirtschafts-Sachverständigen und Wirtschafts-Politikern und ganz unabhängig von der Art des Wirtschaftssystems wird die Armut im allgemeinen und die Devisenarmut im besonderen viele Staaten einstweilen dazu zwingen, am *System der Kontingentierung und des Clearings* festzuhalten. Infolgedessen wird der sogenannte Weltmarktpreis eine noch geringere Rolle spielen als dies schon nach unseren früheren Überlegungen zu erwarten ist.

7. Ordnung des inländischen Preis- und Kostengefüges. Wie ist diese möglich, wenn der Weg einer Deflation a limine abgelehnt ist? — und welche Ziele sind hierbei von der staatlichen Wirtschaftspolitik zu verfolgen? Die Ablehnung der Deflation bedeutet, so wenig hierdurch Preissenkungen im Einzelfall ausgeschlossen sind (zumal auf dem Textilsektor im Gefolge stark verbilligter Rohstoffe), daß weder eine grundsätzliche Preis- noch eine grundsätzliche Lohnsenkungsaktion inauguriert werden darf, mit anderen Worten, daß das derzeitige Preis- und Lohnniveau nominell im großen und ganzen aufrecht zu erhalten, jedenfalls nicht durch staatliche Eingriffe nach unten zu korrigieren ist. Fragen wir uns, wie eine solche Politik sich mit den Wünschen der Interessengruppen einerseits und mit der Notwendigkeit des Exports andererseits in Vereinbarung bringen läßt:

a) Stellen wir die *Landwirtschaft* voran, die unter den verschiedenen Wirtschaftsgruppen in jeder Hinsicht von der Preisentwicklung während des Krieges am stärksten begünstigt worden ist und bei der infolgedessen heute ein nicht geringe Befürchtung besteht, es könne nach diesem zweiten Weltkrieg ebenso wie nach dem ersten wieder zu einem Zusammenbruch der Agrarpreise kommen. Die Frage kann an dieser Stelle offen gelassen werden, ob eine Aufrechterhaltung des Mehranbaus im bisherigen Umfang aus zwingenden Gründen der Staatsraison erwünscht oder gar erforderlich ist. Zu betonen ist jedoch, daß selbst eine erhebliche Quote des Mehranbaues nur dann aufrecht erhalten werden kann, wenn die bisherigen Preise ungefähr

in ihrer jetzigen Nominalhöhe garantiert sind; die Kostenstruktur der Landwirtschaft hat durch die erzwungene Umstellung ebenso wie durch die unverhältnismäßig starke Steigerung der Knechtslöhne eine solch grundlegende Veränderung erfahren, daß heute nicht nur der Getreide-, sondern auch der Milchpreis bei allen lohnintensiven und vor allem bei allen Nicht-Familienbetrieben eine ganz entscheidende Rolle für die Aufrechterhaltung einer auch nur bescheidenen Rentabilität spielt. Hieran zu rütteln besteht unter staatlichem wie unter gesamtwirtschaftlichem Gesichtspunkt umso weniger ein Interesse, als gerade bei der prekären Situation einiger Industriezweige die *Gesund-erhaltung eines im wesentlichen sanierten Sektors* wesentlich leichter und weniger kostspielig als die Sanierung notleidender Sektoren ist.

b) Wird das landwirtschaftliche Preisniveau als feste Ausgangsbasis genommen, so hat das die Konsequenz, daß für die Konsumenten keinesfalls mit einer Senkung dieses Teils der Lebenshaltungskosten zu rechnen ist. Infolgedessen entsteht die Aufgabe, für die schlechtestgestellten Konsumenten, also insonderheit für die kleinen Gewerbetreibenden und für die Masse der Arbeiter einen Ausgleich zu schaffen, der ihre heute in vielen Fällen außerordentlich schwierige, während des Krieges in prachtvoller Disziplin durchgehaltene Lage verbessert. Mit anderen Worten: während die unentwegten Deflationisten schon von Abbau der «Teuerungszulagen» träumen, ist es unumgänglich, eine *Erhöhung der Löhne und Gehälter* vorzusehen. Und zwar, wie auch deutlich betont sei, nicht nur der niederen Löhne und Gehälter von Arbeitern und Beamten, was immer populär ist, sondern auch der mittleren und höheren Löhne und Gehälter, — auch des Staatspersonals, das — vielleicht infolge der noch nicht lange überwundenen Elefantenpsychose — in den Kriegsjahren vielfach so stiefmütterlich behandelt worden ist, daß das Leistungsprinzip in der Gehaltsstaffelung fast zu verschwinden droht.

c) Aufrechterhaltung der hohen Preise der Landwirtschaft und Steigerung der Löhne und Gehälter sind Ziele, denen *das Gewerbe und die Inlandsindustrie* nicht entgegenzutreten brauchen, ja die sie ihrerseits sich zu eigen machen können, falls ihnen wie bisher eine Überwälzung ihrer steigenden Kosten in Gestalt steigender Preise in angemessenem Umfang erlaubt und falls ihnen durch eine elastischere Besteuerung in Zukunft die Möglichkeit erhöhter Rückstellungen und einer grundsätzlichen Überholung und Verbesserung ihres Produktionsapparates gegeben wird.

d) Viel schwieriger lassen sich die unter a) und b) formulierten Ziele mit den Interessen der *Exportindustrie* in Übereinstimmung bringen. Nach ihrer durch Jahrzehnte hindurch verfolgten und theoretisch lange Zeit gut begründeten Ansicht bedeuten hohe Lebens-

haltungskosten und hohe Arbeiterlöhne generell eine Erschwerung, oft eine Verunmöglichung des Exports.

Nun ist vorweg zu sagen, daß heutzutage gerade in der Schweiz die theoretische Stichhaltigkeit dieses Arguments nicht mehr über jeden Zweifel erhaben ist. Leider verfügen wir in der Schweiz über keinerlei detaillierte Produktionskosten-Rechnungen, wie diese z. B. in den Vereinigten Staaten von den verschiedensten Industrien vorgelegt werden; wir besitzen bekanntlich noch nicht einmal eine Exportstatistik. Bei vorsichtiger Übertragung amerikanischer und deutscher Ergebnisse auf die andersgearteten schweizerischen Verhältnisse ist aber zu vermuten, daß das Lohnkonto heute für die Preisstellung wichtiger Exportgüter nicht mehr von ausschlaggebender Bedeutung ist. Selbstverständlich, die Uhrenfabrikation ist in sehr hohem Grade lohnintensiv. Aber schon für erhebliche Teile der Maschinenindustrie hat das Lohnkonto an Bedeutung verloren, und für die chemische Industrie ist nach den Untersuchungen der Enquête-Kommissionen verschiedener Länder die Frage der Lohnhöhe neben den anderen Kostenfaktoren von sehr geringem Gewicht. Dennoch bleibt zu beachten, daß beim Export eine an sich nicht gewichtige Differenz dann eine sehr erhebliche Rolle spielen kann, wenn etwa alle sonstigen Kostenfaktoren im In- und Ausland gleich sind und allein die Lohndifferenz einen höheren Preis hervorrufen sollte. Indessen: nur unter der einen Voraussetzung bedeuten hohe Lebenshaltungskosten und steigende Löhne einen übermäßigen Preis der Exportprodukte, wenn die Währungsrelationen als unveränderlich angenommen werden. Wir haben dagegen oben, was vielleicht nicht beachtet worden ist, ausdrücklich betont, daß die Aufrechterhaltung der *nominellen* Agrarpreise erforderlich ist und wir stellen jetzt fest, daß die Exportindustrie, der ja doch auch an einer bestmöglichen Gesundheit des inländischen Wirtschafts- und Sozialgefüges liegen muß, sich mit hohen Agrarpreisen und mit steigenden Löhnen einverstanden erklären kann, wenn ihr eine angemessene Gestaltung der Währungsrelationen die Möglichkeit des Exportes läßt. Diese Erwägung führt zum Ergebnis, daß die anscheinend einander widersprechenden Interessen der verschiedenen Wirtschaftsgruppen sehr wohl miteinander vereinigt werden können, wenn eine zweckentsprechende *Angleichung der Währung* stattfindet.

8. Es ist ein wirkliches Verdienst von Prof. *W. A. Jöhr*, daß er sowohl in seinem jüngsten Buch wie in seinem Diskussionsvotum in Sitten den Mut hatte, auf die Notwendigkeit einer neuen Abwertung des Schweizer Frankens hinzuweisen. Über seine Argumente hinaus ist im Rahmen unserer Thesen noch das folgende zu sagen:

a) Es ist begreiflich, daß der Gedanke der Abwertung (Devaluation) bis zum Jahre 1936 in der Schweiz auf den stärksten Wider-

stand stieß und daß auch heute sich starke Kräfte und beachtliche Argumente in gemeinsamer Kampfstellung gegen den Gedanken einer neuen Abwertung zusammenfinden. Es ist jedoch generell zu sagen, daß die Gesunderhaltung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft oberstes Ziel aller Politik sein muß, nicht die Aufrechterhaltung einer in ihrem Beginn immer willkürlich gewählten Währungsparität und daß überdies gerade die Schweiz im Jahre 1936 erfahren hat, daß eine Veränderung der Parität keineswegs eine entsprechende Veränderung des Preisstandes nach sich ziehen muß. Jeder Wechselkurs ist Ausdruck eines Verhältnisses zwischen in- und ausländischem Geld, und es kann ja doch nur eine Frage der Zweckmäßigkeit und nicht etwa des Rechts oder gar der Moral sein, ob man diesen Wechselkurs schwanken läßt oder starr hält. Wenn gar einer der Partner oder mehrere mit Veränderung ihrer Parität vorausgegangen sind, ist es gewiß nicht ehrenrührig, wenn man selbst eine Angleichung vornimmt. So ist die Situation der Schweiz 1936 gewesen und so ist sie wieder heute. Wenn auch die Parität des Dollars seit den dreißiger Jahren unverändert geblieben ist (was übrigens keineswegs bedeutet, daß sie dies mit Sicherheit weiter bleiben wird), so hat sich die Parität nahezu aller kontinentalen Länder seit 1936 geändert und wird sich in diesem und im folgenden Jahr noch wesentlich weiter ändern; vor allem aber hat England, auf dessen Exportnotwendigkeiten wir weiter oben schon hingewiesen haben und das als Konkurrent des Schweizer Exports infolgedessen sehr bedeutsam werden wird, seine Währung zu Kriegsbeginn nochmals absinken lassen. Sollte daher auch nur eine Angleichung an das Pfund von 1936 ins Auge gefaßt werden, so wäre eine Abwertung von über 10 % unerlässlich, — wenn eine Angleichung an das Pfund von 1930, dann eine Abwertung von mehr als 30 %! Dabei ist noch gar nicht gesagt, daß das Verhältnis des Pfundes zum Dollar unverändert bleibt; es besteht durchaus die Möglichkeit einer weiteren Senkung des Pfundwertes, die die Differenz gegenüber dem Franken noch erhöhen würde. Selbst wenn es sich die Vereinigten Staaten leisten sollten, ihre Währung unverändert aufrecht zu erhalten, so wäre es ja gewiß kein «Vergehen», wenn die schweizerische Angleichung nicht hinter der englischen zurückbliebe, nachdem ein Jahrhundert lang doch die englische Währungspolitik als vorbildlich gegolten hat und vermutlich also auch heute nicht der ökonomischen, sozialen und staatlichen Zweckmäßigkeit entbehrt...

e) Nicht einfach ist die Entscheidung über den zweckmäßigen *Zeitpunkt der Angleichung* der Währung. Wenn ausschließlich wirtschaftliche Gesichtspunkte zu beachten wären, so würde die Hinausschiebung der Angleichung bis zu jenem Augenblick zweckmäßig sein — darauf hat schon vor einigen Jahren Prof. Dr. V. F. Wagner hingewiesen, — an dem die schweizerischen Rohstofflager zu billigen

Preisen wieder aufgefüllt sind. Allein ganz abgesehen davon, daß, wie einleitend erwähnt, erhebliche Zweifel geltend gemacht werden müssen, ob überhaupt in absehbarer Zeit mit einer wesentlichen Preissenkung der für die Schweiz besonders wichtigen Rohstoffe zu rechnen ist, enthält das Näherrücken der Welt-Währungsorganisation von Bretton Woods den Zwang, die notwendige Angleichung nicht zu lange hinauszuschieben. Staaten, die sich der Weltorganisation angeschlossen haben, können bekanntlich autonom nur noch um 10 % abwerten, d. h. um einen Prozentsatz, der bestenfalls zur Korrektur kleinerer konjunktureller Schwankungen ausreicht. Da es sich aber bei der vorgesehenen Angleichung nach Ausmaß und Ziel um eine strukturelle Maßnahme handelt, wird es notwendig sein, möglichst lange vor einem Eintritt in die Weltorganisation sich zur Neuordnung der Währung zu entschließen. Wenn die Eidgenossenschaft und die Nationalbank weltpolitisch völlige Freiheit in der Wahl des Termins haben sollten, was durchaus nicht von vorneherein gewiß ist, so wäre zu sagen, daß vielleicht als spätestster Termin die «endgültige» Festlegung des Verhältnisses zwischen Dollar und Pfund abgewartet werden könnte, daß unmittelbar darnach aber ohne irgend einen Zeitverlust die Angleichung stattfinden müßte. Wichtiger jedoch als der Zeitpunkt ist, daß entgegen der Praxis vor 1936 Bund und Nationalbank bald ihre grundsätzliche Bereitschaft zu einer Angleichung zum Ausdruck bringen. Eine solche Erklärung wäre zweifellos ausreichend und geeignet, zu verhindern, daß die aus verbilligter Einfuhr herrührende Preissenkung die Käufer veranlaßt, auf eine weitere Ermäßigung zu warten, und daß ein derartiger Käuferstreik eine unnötige und gefährliche Deflationskrise auslöst.

f) Es sei ausdrücklich nochmals unterstrichen, daß diese Angleichung in keiner Weise als konjunkturelle, sondern grundsätzlich als *strukturelle Maßnahme* gemeint ist. Es können ihr also auch diejenigen zustimmen, die Bedenken dagegen haben, daß unter dem Einfluß der Keynes-Schule heute die Möglichkeit von Abwertungen vielleicht um ebensoviel zu leicht genommen wird, wie sie vor 1936, zumal in der Schweiz, zu schwer genommen wurde. Strukturelle Maßnahme, — das soll nichts anderes heißen, als was wir oben als richtige Ordnung des Gesamtgefüges der schweizerischen Volkswirtschaft umschrieben haben. Wobei jetzt noch hinzugefügt sei, daß die Angleichung nicht nur die Chance bieten wird, die jetzigen Agrarpreise zu halten und so der Landwirtschaft einen angemessenen Anteil am Sozialprodukt zu sichern, sondern daß sie allein als universale Maßnahme die weitere Chance enthält, daß nicht nach dem Krieg zu dem für die Gesamtheit wie für die Bundesfinanzen viel bedenklicheren und kostspieligeren System der Subventionen zurückgekehrt werden muß. Eine universale Ordnung der Wirtschaftsstruktur ist geeignet,

spezielle Hilfsmaßnahmen überflüssig zu machen, wenn sie auch, was vielleicht noch hervorgehoben werden muß, keinen einzigen Wirtschaftszweig und keine einzige Unternehmung von der Notwendigkeit entbindet, das eigene Kostengefüge in Ordnung zu bringen.

9. Es ist unvermeidlich, daß, während die produktive Wirtschaft aus einer Angleichung nur Vorteile zu erwarten hat, andere Schichten der Bevölkerung, vor allem die kleinen Rentner durch sie gefährdet werden, wenn ihr ohnehin durch die gestiegene Besteuerung geschmälertes Renteneinkommen weiter an Kaufkraft verliert. Es wird niemand diesen schweren Nachteil bestreiten können und wollen; aber in einem Augenblick, in dem die Durchführung der Altersversicherung und also die Fürsorge für das Alter als Aufgabe des Staates anerkannt ist, darf damit gerechnet werden, daß die schwersten persönlichen Folgen, die durch die Angleichung entstehen können, von Staatswegen gemildert werden. Auf der anderen Seite steht aber unbestreitbar nicht nur ein eindeutiger Nutzen für die produzierende Wirtschaft, sondern in mindestens gleicher Stärke ein *Vorteil für die Staatswirtschaft* und also mittelbar wieder für die Gesamtheit des Volkes.

Wenn auch die Verschuldung der Eidgenossenschaft unverhältnismäßig wenig gestiegen ist verglichen mit der Steigerung in den kriegsführenden Staaten, so ist doch auch für die Schweiz die Schuldenhöhe an einem Punkt angelangt, an dem es von großer Wichtigkeit ist, daß das jährliche Volkseinkommen nicht nur gleich bleibt, sondern nach Möglichkeit regelmäßig und erheblich ansteigt, um die Verzinsung der Schulden zu erleichtern. Es dürfte aber keinem Zweifel unterliegen, daß gerade hiefür die Angleichung der Währung das weitaus geeignetste Mittel ist und daß sie ferner, indem sie das Volkseinkommen nominell erhöht, automatisch die Staatseinkünfte steigern und also die bisher noch problematische Balancierung der Budgets, vor allem der Eidgenossenschaft, garantieren wird.

10. Abschließend ist noch ein Wort zu sagen über den *Abwertungsgewinn und seine Verwendung*. Da es sich bei der vorgesehenen Angleichung um eine staats- und wirtschaftspolitische Maßnahme ersten Ranges handelt, die, wenn in Freiheit vorgenommen, mit der Abwertung von 1936 nur sehr äußerlich vergleichbar ist, da sie ferner eine Kriegsfolge darstellt und die gesamten Kriegs- bzw. Mobilisations-Kosten vom Bund getragen wurden, sollte richtigerweise der Abwertungsgewinn diesmal in ganzem Umfange für Zwecke der durch den Bund verkörperten Gesamtheit Verwendung finden. Wie groß der Abwertungsgewinn ist, hängt ab von dem Gold- und Devisenbestand der Nationalbank im Augenblick der Angleichung und von dem gewählten Angleichungssatz. Gehen wir davon aus, daß dieser Satz keinesfalls unter 30 % liegen sollte, so ergibt sich, daß mit einem

Abwertungsgewinn von mindestens 1½ Milliarden — vermutlich wesentlich mehr — zu rechnen ist. Zu seiner Verwendung sei ein Vorschlag unterbreitet, der gerade angesichts des Charakters der neuen, weitgehend *dirigierten Weltwirtschaft* beachtlich sein mag: die Hälfte des Abwertungsgewinnes mag nach früherem Muster und ohne wirtschaftstheoretische oder wirtschaftspolitische Bedenken zur Verringerung der Mobilisationsschuld Verwendung finden, was nicht nur den Schuldbetrag entsprechend herabsetzen, sondern auch eine jährliche Entlastung des Budgets der Eidgenossenschaft um 25 Millionen erlauben würde. (Auf das gleiche käme eine Verwendung zur Abschreibung uneinbringlicher Clearing-Forderungen heraus.) Die andere Hälfte aber könnte und sollte eingesetzt werden, um die schwierige Devisen- und Kreditsituation der europäischen Länder zu erleichtern und um so indirekt dem schweizerischen Export eine wichtige Stütze zu bieten. Es besteht kein Zweifel, daß die Kreditforderungen fremder Staaten, wie sie in diesem Jahre bereits verschiedentlich erhoben worden sind, sich in naher Zukunft noch vermehren werden. Es läge im Interesse der wirtschaftlichen Sauberkeit, wenn hiefür freie Mittel in erheblichem Umfang eingesetzt werden könnten und wenn hierdurch die früheren, vielleicht in der Vergangenheit unvermeidlichen Schleichwege (Clearing«vorschüsse» und dgl.) überflüssig würden. Es ließe sich sehr wohl denken, daß nicht nur Frankreich und Italien, Holland und Belgien, sondern auch England und Rußland von einer solchen Möglichkeit Gebrauch machen würden und daß hierdurch das erreicht würde, was das letzte Ziel der äußeren Wirtschaftspolitik sein muß: Eingliederung der Schweiz in den neuen Weltaustausch, der sich nicht mehr nur nach dem Prinzip des freien Handels, sondern in den verschiedensten Formen einer dirigierten Wirtschaft vollziehen wird.

Russische Lyrik

Von Karl Scheffold

Es gehört zu den seltsamen Widersprüchen dieser lauten Zeit, daß lyrische Dichtung heute viele Herzen neu ergreift. Man könnte darin nur eine Flucht aus wirrer Welt ins Leise und Entrückte sehen. Aber die neue Bedeutung der Lyrik hängt tiefer zusammen mit dem Verfall der Gesellschaft und der Dichtungsgattungen, die zu ihr gehören. Ein lebendiges Theater gibt es nur, wenn es von einer geformten Gesellschaft getragen ist. Wird aus der Gesellschaft die Masse, dann wird aus dem Theater das Sensationsstück oder das Kino, aus dem Epos der «Bestseller», der die rasch arbeitenden Wänste